

# **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Sozialgerichtsgesetz und zur Änderung weiterer Vorschriften**

## Vorblatt

### A. Zielsetzung

Mit dem Gesetz sollen Zuständigkeiten innerhalb der baden-württembergischen Sozialgerichtsbarkeit mit Blick auf eine effektive Verfahrenserledigung geändert werden. In Streitigkeiten disziplinargerichtlicher Art in Notarsachen soll außerdem mit der Einführung des Behördenprinzips aus Vereinfachungsgründen ein Gleichlauf zur Rechtslage in verwaltungsrechtlichen Notarsachen hergestellt werden. Zur Anpassung an die allgemeine Preisentwicklung werden einzelne Gebührentatbestände im Landesjustizkostengesetz angehoben und im Bereich notarrechtlicher Verwaltungsangelegenheiten zudem einzelne neue Gebührentatbestände eingeführt, um die Notare angemessen am Verwaltungsaufwand in bestimmten Notarverwaltungsangelegenheiten zu beteiligen. Schließlich dient das Gesetz der Bereinigung und Angleichung verschiedener Landesgesetze und -verordnungen im Zuständigkeitsbereich des Justizministeriums an Rechtsänderungen, insbesondere im Landesrecht und Bundesrecht.

### B. Wesentlicher Inhalt

Das Gesetz sieht eine weitergehende Zuständigkeitskonzentration für Vertragsarztangelegenheiten beim Sozialgericht Stuttgart vor. Zugleich wird die bestehende Zuständigkeitskonzentration für Angelegenheiten der Knappschaftsversicherung einschließlich der Unfallversicherung für den Bergbau beim Sozialgericht Freiburg aufgehoben. Daneben wird in notarrechtlichen Streitigkeiten disziplinargerichtlicher Art das bundesrechtlich bereits in verwaltungsrechtlichen Notarsachen geltende Behördenprinzip eingeführt. Ferner werden einzelne Gebührentatbestände im Landesjustizkostengesetz neu geschaffen oder neu gefasst und vorhandene Gebührentatbestände teilweise an die allgemeine Preisentwicklung angepasst. Darüber hinaus wird eine Anpassung im Rechtsanwaltsversorgungsgesetz hinsichtlich der Pflichtmitgliedschaft im Versorgungswerk der Rechtsanwälte in Baden-Württemberg vorgenommen. Schließlich werden verschiedene Landesgesetze und -verordnungen redaktionell, insbesondere an geändertes Bundes- und Landesrecht, angepasst.

### C. Alternativen

Keine.

D. Kosten für die öffentlichen Haushalte (ohne Erfüllungsaufwand)

Die Anhebung der Gebühren und die Einführung neuer Gebührentatbestände im Landesjustizkostengesetz führt zu geringfügigen Mehreinnahmen für den Landesjustizhaushalt. Im Übrigen sind negative finanzielle Auswirkungen für die öffentlichen Haushalte durch die Änderungen bei landesweiter Betrachtung nicht zu erwarten.

E. Erfüllungsaufwand

Der Erfüllungsaufwand ist derzeit nicht zu berechnen und darzustellen.

F. Nachhaltigkeitscheck

Die Anpassung der Zuständigkeiten innerhalb der baden-württembergischen Sozialgerichtsbarkeit, die Einführung des Behördenprinzips in notarrechtlichen Streitigkeiten disziplinargerichtlicher Art und die Streichung von Vorschriften, deren Anwendungsbereich entfallen ist, wird sich positiv auf den Zielbereich „Leistungsfähige Verwaltung und Justiz“ auswirken. Die moderaten und an die allgemeine Preisentwicklung angepassten Gebührenanhebungen im Gebührenverzeichnis zum Landesjustizkostengesetz, die Anpassungen im Bereich des Dolmetscherwesens und die Einführung einzelner neuer Gebührentatbestände im Bereich notarrechtlicher Verwaltungsentscheidungen lassen keine negativen Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg erwarten. Ein nennenswerter Bürokratieaufwand entsteht nicht. Im Übrigen sind erhebliche Auswirkungen offensichtlich nicht zu erwarten.

G. Sonstige Kosten für Private

Die Gebührenanhebungen im Landesjustizkostengesetz führen zu einer geringfügigen, jedoch der Preisentwicklung und dem Gebot der aufwandsangemessenen Gebührenerhebung geschuldeten Mehrbelastung von Unternehmen und Privatpersonen, soweit sie die entsprechenden landesrechtlich geregelten Leistungen der Justiz in Anspruch nehmen. Im Übrigen entstehen für Private keine sonstigen Kosten.

# Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Sozialgerichtsgesetz und zur Änderung weiterer Vorschriften

Vom

## Artikel 1

### Änderung des Ausführungsgesetzes zum Sozialgerichtsgesetz

Das Ausführungsgesetz zum Sozialgerichtsgesetz vom 21. Dezember 1953 (GBl. S. 235), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 23. Mai 2017 (GBl. S. 265, 266) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 3 wird wie folgt gefasst:

#### „§ 3

Der Bezirk der für Angelegenheiten des Vertragsarztrechts beim Sozialgericht Stuttgart zuständigen Kammern erstreckt sich auf die Bezirke der übrigen Sozialgerichte des Landes Baden-Württemberg.“

2. In § 4 Absatz 1 werden die Wörter „(§§ 10 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2, 210 Abs. 1 SGG)“ und die Angabe „(§§ 31 Abs. 1 Satz 1, 210 Abs. 1 SGG)“ gestrichen.
3. § 5 wird wie folgt gefasst:

#### „§ 5

(1) Die Zahl der für jedes Sozialgericht und das Landessozialgericht zu berufenden ehrenamtlichen Richter (§ 13 Absatz 4, § 35 Absatz 1 Satz 2 SGG) bestimmt der Präsident des Landessozialgerichts.

(2) Die Zahl der ehrenamtlichen Richter bei den Sozialgerichten und bei dem Landessozialgericht ist so zu bemessen, dass jeder zu etwa zehn ordentlichen Sitzungen im Jahr herangezogen werden kann.“

4. Die §§ 6 und 7 werden aufgehoben.

## Artikel 2

Aufhebung der Verordnung des Arbeitsministeriums über die Erstreckung von Kammerbezirken auf die Bezirke anderer Sozialgerichte

Die Verordnung des Arbeitsministeriums über die Erstreckung von Kammerbezirken auf Bezirke anderer Sozialgerichte vom 17. Februar 1954 (GBl. S. 42), die zuletzt durch Verordnung vom 19. November 1965 (GBl. S. 304) geändert worden ist, wird aufgehoben.

### Artikel 3

#### Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung

Das Gesetz zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 14. Oktober 2008 (GBl. S. 343, 356), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 4. April 2023 (GBl. S. 150, 151) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Teil 2 wird die Überschrift des 2. Abschnitts wie folgt gefasst:

#### „2. Abschnitt

Beteiligungsfähigkeit und Beklagter in besonderen gerichtlichen Verfahren“.

2. Nach § 18a wird folgender § 18b eingefügt:

#### „§ 18b

Streitigkeiten disziplinargerichtlicher Art in Notarsachen

(1) In Streitigkeiten disziplinargerichtlicher Art in Notarsachen ist die Klage gegen die Notarkammer oder Behörde zu richten, die den Verwaltungsakt erlassen hat oder zu erlassen hätte.

(2) Die Notarkammer und die Behörden nach Absatz 1 sind in Streitigkeiten disziplinargerichtlicher Art in Notarsachen fähig, am Verfahren beteiligt zu sein.“

3. Nach dem neuen § 18b wird folgende Überschrift eingefügt:

#### „3. Abschnitt

Gerichtliches Verfahren, Rechtsmittel und Kosten in Angelegenheiten nach dem Landesdisziplinalgesetz“.

4. Die Inhaltsübersicht ist entsprechend anzupassen.

Artikel 4  
Änderung des Landesjustizkostengesetzes

Das Landesjustizkostengesetz vom 15. Januar 1993 (GBl. S. 110, ber. S. 244), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 6. Dezember 2022 (GBl. S. 617, 620) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 9a Absatz 1 werden die Wörter „der Justizbeitreibungsordnung“ durch die Wörter „dem Justizbeitreibungsgesetz“ ersetzt.
2. Die Anlage (Gebührenverzeichnis) wird wie folgt geändert:
  - a) In Nummer 1 wird die Angabe „50 bis 700“ durch die Angabe „65 bis 875“ ersetzt.
  - b) In Nummer 3.2 wird die Zahl „20“ durch die Zahl „25“ ersetzt.
  - c) In Nummer 3.1 und Nummer 3.3. wird jeweils die Angabe „20 bis 500“ durch die Angabe „25 bis 625“ ersetzt.
  - d) In Nummer 3.4 wird die Angabe „20 bis 100“ durch die Angabe „25 bis 125“ ersetzt.
  - e) Nummer 7 wird wie folgt gefasst:

„7	Notare im Sinne von § 3 der Bundesnotarordnung (BNotO)	
7.1	Bewerbung um eine Notarstelle nach § 4a BNotO	
7.1.1	Entscheidung über die Bewerbung	200
	Anmerkung: Die Gebühr entsteht auch bei einer ablehnenden Entscheidung und einer Rücknahme der Bewerbung nach der Auswahlentscheidung. § 4 Absatz 3 JVKostG findet keine Anwendung. Bei einer Rücknahme der Bewerbung vor der Auswahlentscheidung entsteht keine Gebühr.	
7.1.2	Bestellung zum Notar	600

7.1.3	Verlegung des Amtssitzes	200
7.2	Genehmigung der Beschäftigung juristischer Mitarbeiter nach § 25 Absatz 2 BNotO, § 12 der Notarverordnung Baden-Württemberg	100
7.3	Genehmigung der Führung von Akten und Verzeichnissen in Papierform außerhalb der Geschäftsstelle nach § 35 Absatz 3 BNotO	100
7.4	Notarvertretung nach § 39 BNotO	
7.4.1	Bestellung einer Notarvertretung oder einer weiteren Notarvertretung oder Änderung einer bereits erfolgten Bestellung	40
7.4.2	Bestellung einer ständigen Vertretung oder einer weiteren ständigen Vertretung oder Änderung einer bereits erfolgten Bestellung	120

Anmerkung zu Nummer 7.4.1 und 7.4.2:

Die isolierte Aufhebung einer bereits erfolgten Bestellung gilt nicht als deren Änderung“.

f) Nummer 8.1 wird wie folgt geändert:

aa) Die Zahl „60“ wird durch die Zahl „75“ ersetzt.

bb) In der Anmerkung wird die Zahl „100“ durch die Zahl „125“ ersetzt.

g) Nummer 8.2.1 wird wie folgt geändert:

aa) Die Zahl „100“ wird durch die Zahl „125“ ersetzt.

bb) In der Anmerkung wird die Zahl „200“ durch die Zahl „250“ ersetzt.

h) In Nummer 8.2.2 wird die Zahl „50“ durch die Zahl „60“ ersetzt.

## Artikel 5 Änderung des Rechtsanwaltsversorgungsgesetzes

Das Rechtsanwaltsversorgungsgesetz vom 10. Dezember 1984 (GBl. S. 671), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 6. Dezember 2022 (GBl. S. 617, 621) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 5 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Mitglied des Versorgungswerks ist zudem, wer nach dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung des Rechtsanwaltsversorgungsgesetzes vom 24. April 2018 (GBl. S. 138) bis zum [einsetzen: Datum des Tages der Verkündung dieses Gesetzes] Mitglied einer Rechtsanwaltskammer in Baden-Württemberg geworden ist.“

b) Nach Absatz 3 werden folgende Absätze 4 und 5 eingefügt:

„(4) Mitglied des Versorgungswerks werden ferner natürliche Personen, die nach dem [einsetzen: Datum des Tages der Verkündung dieses Gesetzes] von einer Rechtsanwaltskammer in Baden-Württemberg zur Rechtsanwaltschaft zugelassen oder von ihr aufgenommen werden.

(5) Personen, die bis zum [einsetzen: Datum des Tages der Verkündung dieses Gesetzes] Mitglied einer Rechtsanwaltskammer in Baden-Württemberg geworden sind und selbst nicht von einer Rechtsanwaltskammer in Baden-Württemberg zur Rechtsanwaltschaft zugelassen oder von ihr aufgenommen wurden und auch keinen Antrag nach § 6 Absatz 2 in der bis zum [einsetzen: Tag der Verkündung dieses Gesetzes] geltenden Fassung gestellt haben, können auf Antrag von der Mitgliedschaft befreit werden. Der Antrag ist innerhalb einer Ausschlussfrist von sechs Monaten nach Kenntnis von der Pflichtmitgliedschaft im Versorgungswerk zu stellen. Die Frist nach Satz 2 endet nicht vor dem [einsetzen: Datum desjenigen Tages des sechsten auf den Monat des Inkrafttretens nach Artikel 13 Absatz 2 dieses Gesetzes folgenden Monats, dessen Zahl mit der des Tages des Inkrafttretens übereinstimmt, oder, wenn es einen solchen Kalendertag nicht gibt, Datum des ersten Tages des darauffolgenden Kalendermonats].“

- c) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 6 und nach dem Wort „kann“ wird das Wort „weitere“ eingefügt.
2. § 6 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird aufgehoben.
- b) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 1 und in Satz 2 wird die Angabe „Absatz 4“ durch die Angabe „Absatz 6“ ersetzt.
- c) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 2.
3. In § 17 Absatz 1 Nummer 3 wird die Angabe „§§ 5 Abs. 3, 8 Abs. 3“ durch die Wörter „§ 5 Absatz 6, § 8 Absatz 3“ ersetzt.

#### Artikel 6

##### Änderung des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit

§ 11 Absatz 2 des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit vom 12. Februar 1975 (GBl. S. 116), das zuletzt durch Artikel 14 des Gesetzes vom 6. Dezember 2022 (GBl. S. 617, 622) und durch Gesetz vom 15. November 2022 (GBl. S. 538) geändert worden ist, wird folgender Satz angefügt:

„§ 317 Absatz 3 der Zivilprozessordnung findet entsprechende Anwendung.“

#### Artikel 7

##### Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit

§ 46 des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit vom 16. Dezember 1975 (GBl. S. 868), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 4. April 2023 (GBl. S. 144, 145) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Dem Wortlaut wird die Absatzbezeichnung „(1)“ vorangestellt.



2. In Absatz 1 Satz 2 werden nach der Angabe „Satz 1“ die Wörter „und für vor dem 1. Januar 2023 in Baden-Württemberg allgemein beeidigte Dolmetscher nach § 185 GVG“ eingefügt.

3. Folgender Absatz 2 wird angefügt:

„(2) § 14 Absatz 2 Satz 1 gilt für vor dem 1. Januar 2023 in Baden-Württemberg allgemein beeidigte Dolmetscher nach § 185 GVG, Gebärdensprachdolmetscher und Urkundenübersetzer entsprechend.“

### Artikel 8

#### Änderung des Baden-Württembergischen Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch

Das Baden-Württembergische Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 26. November 1974 (GBl. S. 498), das zuletzt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 6. Dezember 2022 (GBl. S. 617, 622) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 32 Absatz 1 Satz 2 wird die Angabe „§ 137 Abs. 1 und 2“ durch die Wörter „§ 144 Absatz 1 und 2“ ersetzt.
2. § 35 wird aufgehoben.
3. In der Überschrift des § 44 werden die Wörter „des Verfahrens“ gestrichen.
4. § 49 wird aufgehoben.
5. § 51 Absatz 2 Satz 2 wird aufgehoben.

### Artikel 9

#### Änderung des Hinterlegungsgesetzes

Das Hinterlegungsgesetz vom 11. Mai 2010 (GBl. S. 398), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 6. Dezember 2022 (GBl. S. 617) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 15 Absatz 3 Satz 2 wird die Angabe „§ 173“ durch die Angabe „§ 174“ ersetzt.
2. § 28 Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Bei Hinterlegungen aufgrund von § 1844 BGB, auch in Verbindung mit §§ 1667, 1798, 1813 oder 1888 BGB, sowie auf Grund der §§ 1814 und 1818 BGB in der bis zum 31. Dezember 2022 geltenden Fassung, auch in Verbindung mit §§ 1667, 1908i oder 1915 BGB in der bis zum 31. Dezember 2022 geltenden Fassung, müssen außerdem 20 Jahre seit dem Zeitpunkt abgelaufen sein, in dem die elterliche Sorge, die Betreuung, die Vormundschaft oder Pflegschaft beendet ist.“

#### Artikel 10

##### Änderung der Verpflichtungsgesetz-Zuständigkeitsverordnung

§ 4 Nummer 3 der Verpflichtungsgesetz-Zuständigkeitsverordnung vom 23. November 2006 (GBl. S. 380), die zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 6. Dezember 2022 (GBl. S. 617, 620) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

- „3. für Gerichtsdolmetscher, für Gebärdensprachdolmetscher und für Urkundenübersetzer

die nach § 14 Absatz 2 und § 14a Absatz 2 Satz 2 des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit (AGGVG) für die allgemeine Beeidigung und die nach § 15 Absatz 1 Satz 2 AGGVG für die Bestellung zuständigen Präsidenten der Landgerichte;“.

#### Artikel 11

##### Änderung der Bekanntmachung der Ministerien über die Vertretung des Landes in gerichtlichen Verfahren und förmlichen Verfahren vor den Verwaltungsbehörden

Abschnitt II C. der Bekanntmachung der Ministerien über die Vertretung des Landes in gerichtlichen Verfahren und förmlichen Verfahren vor den Verwaltungsbehörden

vom 28. Februar 2012 (GBl. S. 138), die zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 3. Dezember 2013 (GBl. S. 449, 476) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 2 Buchstabe a werden die Wörter „der Justizbeitreibungsordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 365-1, veröffentlichten bereinigten Fassung“ durch die Wörter „des Justizbeitreibungsgesetzes in der Fassung vom 27. Juni 2017 (BGBl. I S. 1927), das zuletzt durch Artikel 15 Absatz 14 des Gesetzes vom 4. Mai 2021 (BGBl. I S. 882, 935) geändert worden ist“ ersetzt.
2. In Nummer 3 werden die Wörter „der Justizbeitreibungsordnung“ jeweils durch die Wörter „des Justizbeitreibungsgesetzes“ ersetzt.

#### Artikel 12

Änderung der Verordnung des Justizministeriums zur Aufhebung von Richtervorbehalten und Übertragung richterlicher Aufgaben auf den Rechtspfleger

§ 1 Satz 1 Nummer 5 der Verordnung des Justizministeriums zur Aufhebung von Richtervorbehalten und Übertragung richterlicher Aufgaben auf den Rechtspfleger vom 7. Juli 2017 (GBl. S. 468), die durch Artikel 9 des Gesetzes vom 6. Dezember 2022 (GBl. S. 617, 621) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

- „5. für Geschäfte nach § 17 Nummer 1 RPfIG, soweit sie nicht die Prüfung und Entscheidung nach § 316 Absatz 3 des Umwandlungsgesetzes (UmwG), gegebenenfalls in Verbindung mit § 329 Satz 1 UmwG, und § 343 Absatz 3 UmwG betreffen,“.

#### Artikel 13

Inkrafttreten

(1) Artikel 1 Nummern 1 und 2 sowie Artikel 2 treten drei Monate nach der Verkündung dieses Gesetzes in Kraft.

(2) Im Übrigen tritt dieses Gesetz am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

## Begründung

### A. Allgemeiner Teil

#### I. Zielsetzung

§ 1 der Verordnung des Arbeitsministeriums über die Erstreckung von Kammerbezirken auf Bezirke anderer Sozialgerichte vom 17. Februar 1954 sieht bislang vor, dass für Angelegenheiten des Kassenarztrechts vier der acht Sozialgerichte in Baden-Württemberg zuständig sind. Vor dem Hintergrund, dass derzeit ohnehin für 90 Prozent der Verfahren das Sozialgericht Stuttgart zuständig ist, soll mit Blick auf eine effektive Verfahrenserledigung eine weitergehende Zuständigkeitskonzentration erfolgen. Außerdem soll mit einer Aufhebung der Zuständigkeitskonzentration für Knappschaftsangelegenheiten beim Sozialgericht Freiburg eine Anpassung an die aktuellen Gegebenheiten erfolgen.

Derzeit gilt für verwaltungsrechtliche Notarsachen im Sinne von § 111 Absatz 1 der Bundesnotarordnung (BNotO) das Behördenprinzip, während für notarrechtliche Streitigkeiten disziplinargerichtlicher Art das Rechtsträgerprinzip Anwendung findet. Dies führt zu Unklarheiten bei den Beteiligten und zu falsch adressierten Klagen. Daher soll zwischen dem Rechtszustand für verwaltungsrechtliche Notarsachen und für notarrechtliche Streitigkeiten disziplinargerichtlicher Art ein Gleichlauf hergestellt werden. Für notarrechtliche Klagen soll künftig einheitlich das Behördenprinzip gelten. Dies hat zusätzlich den Effekt, dass das Land in notarrechtlichen Streitigkeiten disziplinargerichtlicher Art unmittelbar von der Behörde vertreten wird, die die Disziplinarverfügung erlassen hat. Die Vertretung des Landes erfolgt damit von vornherein durch die sachnächste Behörde.

Die wenigen landesrechtlich geregelten Gebührentatbestände im Justizkostenrecht bedürfen in gewissen zeitlichen Abständen einer Überprüfung und Anpassung an die wirtschaftliche Entwicklung. Die im Gebührenverzeichnis zum Landesjustizkostengesetz (LJKG) festgelegten Gebühren für Feststellungserklärungen des Landesgerichtspräsidenten bei Übertragung eines Nießbrauchs, einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit oder eines Vorkaufsrechts einer juristischen Person oder rechtsfähigen Personengesellschaft, für die Hinterlegung von Wertpapieren, sonstigen Urkunden, Kostbarkeiten und unverändert aufzubewahrenden Zahlungsmitteln und für

die erstinstanzlichen richterlichen Entscheidungen nach dem Zweiten Abschnitt des Ersten Teils des Polizeigesetzes wurden seit 2014 nicht mehr geändert. Im Hinblick auf die im Gebührenverzeichnis zum Landesjustizkostengesetz vorgesehenen Gebühren im Bereich notarrechtlicher Verwaltungsangelegenheiten steht eine Anpassung der Gebührenhöhe bereits seit ihrer Einführung im Jahr 2011 aus. Die Gebührenhöhe ist daher in Anbetracht der seitherigen Geldentwertung nicht mehr adäquat. Das Gesetz sieht insoweit maßvolle Gebührenanhebungen vor. Zudem ist dort auch die Einführung einzelner neuer Gebührentatbestände vorgesehen. Damit soll eine angemessene Beteiligung der Notare am Verwaltungsaufwand in bestimmten Notarverwaltungsangelegenheiten erreicht werden.

Der Wortlaut des § 5 Absatz 3 des Rechtsanwaltsversorgungsgesetzes (RAVG) sieht derzeit vor, dass Mitglied des Versorgungswerks der Rechtsanwälte wird, wer Mitglied einer Rechtsanwaltskammer in Baden-Württemberg wird. Mitglieder der Rechtsanwaltskammern sind nach § 60 Absatz 2 Nummer 2 und 3 der Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO) allerdings auch zugelassene Berufsausübungsgesellschaften sowie Personen, die Mitglieder von Geschäftsführungs- und Aufsichtsorganen von zugelassenen Berufsausübungsgesellschaften sind und selbst nicht zur Rechtsanwaltschaft zugelassen oder von einer Rechtsanwaltskammer aufgenommen wurden. Eine Mitgliedschaft dieser Gruppen im Versorgungswerk der Rechtsanwälte erscheint nicht sachgerecht. Die Pflichtmitgliedschaft im Versorgungswerk soll daher ausdrücklich an die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft oder die Aufnahme durch eine Rechtsanwaltskammer in Baden-Württemberg geknüpft werden.

Das Gesetz dient weiter der punktuellen Bereinigung und Anpassung verschiedener Landesgesetze und -verordnungen im Zuständigkeitsbereich des Justizministeriums, insbesondere an Rechtsänderungen im Landesrecht und Bundesrecht.

## II. Inhalt

Vorgesehen ist eine Änderung des § 3 des Ausführungsgesetzes zum Sozialgerichtsgesetz (AGSGG), mit der zum einen bestimmt wird, dass für Angelegenheiten des Vertragsarztrechts künftig die Kammern des Sozialgerichts Stuttgart für das gesamte Landesgebiet zuständig sind, und zum an-

deren die bislang alleinige Zuständigkeit des Sozialgerichts Freiburg für Angelegenheiten der Knappschaftsversicherung einschließlich der Unfallversicherung für den Bergbau aufgehoben wird. Neben einer Anpassung der Begrifflichkeiten in § 5 AGSGG an den Sprachgebrauch des Sozialgerichtsgesetzes (SGG) erfolgen zudem punktuelle Änderungen aufgrund geänderten Bundesrechts.

Zum Zwecke der Einführung des Behördenprinzips in notarrechtlichen Streitigkeiten disziplinargerichtlicher Art soll ein neuer § 18b des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (AGVwGO) eingeführt werden, dessen Wortlaut sich eng an demjenigen des § 111c Absatz 1 BNotO orientiert. Ergänzt wird die Einführung des Behördenprinzips durch die notwendige Regelung der Beteiligungsfähigkeit der Notarkammer und der notariellen Aufsichtsbehörden.

Auf Ebene des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit (LFGG) soll für die elektronische Aktenführung klargestellt werden, dass Ausfertigungen, Auszüge und Abschriften eines als elektronisches Dokument vorliegenden Urteils von einem Urteilsausdruck erteilt werden können.

Ferner werden einzelne Gebührentatbestände im Landesjustizkostengesetz neu geschaffen oder neu gefasst und vorhandene Gebührentatbestände teilweise an die allgemeine Preisentwicklung angepasst.

Im Rechtsanwaltsversorgungsgesetz erfolgt eine Anpassung der Voraussetzungen für eine Pflichtmitgliedschaft im Versorgungswerk der Rechtsanwälte in Baden-Württemberg. Durch eine Änderung des § 5 RAVG soll die Mitgliedschaft künftig ausdrücklich an die Voraussetzung geknüpft werden, dass die betreffende Person von einer Rechtsanwaltskammer in Baden-Württemberg zur Rechtsanwaltschaft zugelassen oder aufgenommen wurde. Zudem soll in § 5 RAVG eine gesetzliche Befreiungsmöglichkeit für Personen eingefügt werden, die kraft Gesetzes bereits Mitglieder geworden sind und selbst nicht zur Rechtsanwaltschaft zugelassen oder von einer Rechtsanwaltskammer aufgenommen wurden. Darüber hinaus enthält der Entwurf eine Bereinigung und Folgeänderungen im Rechtsanwaltsversorgungsgesetz.

§ 46 des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit wird um eine klarstellende Geltungsanordnung für vor dem 1. Januar 2023 erfolgte Beeidigungen ergänzt.

Schließlich werden verschiedene Landesgesetze und -verordnungen redaktionell an geändertes Bundes- und Landesrecht angepasst.

### III. Alternativen

Keine.

### IV. Entbehrlich gewordene oder vereinfachte Vorschriften

Mit der Aufhebung des § 7 AGSGG entfällt eine mittlerweile aufgrund Zeitablaufs entbehrlich gewordene Regelung. Die Verordnung des Arbeitsministeriums über die Erstreckung von Kammerbezirken auf Bezirke anderer Sozialgerichte vom 17. Februar 1954 ist aufgrund der nun in § 3 AGSGG vorgesehenen weitergehenden Zuständigkeitskonzentration entbehrlich geworden und wird aus diesem Grund aufgehoben.

Mangels eines Anwendungsbereiches entbehrlich geworden und daher zu streichen sind ferner § 35 und § 51 Absatz 1 Satz 2 des baden-württembergischen Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch (AGBGB).

Die Regelung zur „Pflichtmitgliedschaft auf Antrag“ in § 6 Absatz 1 RAVG, die beim Inkrafttreten des Rechtsanwaltsversorgungsgesetzes am 1. Januar 1985 für die damals zwischen 46 und 60 Jahre alten Mitglieder der Rechtsanwaltskammern, Notare und Patentanwälte die Möglichkeit vorsah, während einer Übergangsphase von zwei Jahren nach dem Inkrafttreten des Gesetzes dem Versorgungswerk freiwillig beizutreten, ist entbehrlich.

### V. Finanzielle Auswirkungen

Die vorgeschlagenen Gebührenerhöhungen im Gebührenverzeichnis zum Landesjustizkostengesetz werden dem Landesjustizhaushalt geringfügige Mehreinnahmen einbringen, die im Einzelnen jedoch nicht näher beziffert werden können, da die von der Erhöhung betroffenen Gebührentatbestände in den Justizstatistiken und Kosten- und Leistungsrechnungen der Gerichte

nicht gesondert ausgewiesen werden. Da insbesondere Werthinterlegungen im Vergleich zu gebührenfreien Geldhinterlegungen sehr viel seltener vorkommen und die von der Gebührenerhöhung betroffenen Feststellungserklärungen, erstinstanzlichen richterlichen Entscheidungen nach dem Zweiten Abschnitt des Ersten Teils des Polizeigesetzes sowie die Entscheidungen in Notarverwaltungsangelegenheiten nicht dem gerichtlichen bzw. behördlichen Massengeschäft zuzuordnen sind, dürften sich die insoweit zu erwartenden Gebühreneinnahmen pro Jahr eher in einem nur vierstelligen bis niedrigen fünfstelligen Bereich bewegen. Im Übrigen sind durch die Änderungen negative finanzielle Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte bei landesweiter Betrachtung nicht zu erwarten.

## VI. Erfüllungsaufwand

Eine Berechnung des Erfüllungsaufwands ist nach dem Schreiben des Staatsministeriums vom 3. Mai 2022 (Az.: I – 500.11) und einem Beschluss des Amtschefausschusses für Verwaltungsmodernisierung und Bürokratieabbau derzeit ausgesetzt, weshalb eine Ermittlung und Darstellung des Erfüllungsaufwands unterbleibt.

## VII. Wesentliche Ergebnisse des Nachhaltigkeitschecks

Die Anpassung der Zuständigkeiten innerhalb der baden-württembergischen Sozialgerichtsbarkeit wird sich positiv auf den Zielbereich „Leistungsfähige Verwaltung und Justiz“ auswirken. Durch die Konzentration der Zuständigkeiten in Vertragsarztangelegenheiten wird die Leistungsfähigkeit der Justiz gesteigert, da hiermit Problemen im Hinblick auf die Verfügbarkeit ehrenamtlicher Richterinnen und Richter und die aufwändige Einarbeitung in die größtenteils komplizierte Rechtsmaterie begegnet wird.

Die Einführung des Behördenprinzips in notarrechtlichen Streitigkeiten disziplinargerichtlicher Art und die damit verbundene Angleichung an den in der Bundesnotarordnung für verwaltungsrechtliche Notarsachen vorgesehene Rechtszustand beseitigt bestehende Unklarheiten bei den Beteiligten und vermeidet falsch adressierte Klagen. Damit ist eine Entlastung von Bürgern, Verwaltung und Justiz und folglich eine positive Auswirkung auf den Zielbereich „Leistungsfähige Verwaltung und Justiz“ verbunden.



Die moderaten und an die allgemeine Preisentwicklung angepassten Gebührenanhebungen im Gebührenverzeichnis zum Landesjustizkostengesetz, die Anpassungen im Bereich des Dolmetscherwesens und die Einführung einzelner neuer Gebührentatbestände im Bereich notarrechtlicher Verwaltungsentscheidungen betreffen sehr überschaubare Bereiche von Justizverwaltungsangelegenheiten und lassen insbesondere keine negativen Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg erwarten. Ein nennenswerter Bürokratieaufwand entsteht nicht.

Die Streichung von Vorschriften, deren Anwendungsbereich entfallen ist, dient der Rechtsbereinigung und wirkt sich daher ebenfalls positiv auf den Zielbereich „Leistungsfähige Verwaltung und Justiz“ aus.

Im Übrigen sind erhebliche Auswirkungen offensichtlich nicht zu erwarten.

#### VIII. Sonstige Kosten für Private

Die Gebührenanhebungen im Landesjustizkostengesetz führen zu einer geringfügigen, jedoch der Preisentwicklung und dem Gebot der aufwandsangemessenen Gebührenerhebung geschuldeten Mehrbelastung von Unternehmen und Privatpersonen, soweit sie die entsprechenden landesrechtlich geregelten Leistungen der Justiz in Anspruch nehmen. Im Übrigen entstehen für Private keine sonstigen Kosten.

#### IX. Exekutive Fußspur

Die vorgesehenen Anpassungen und Ergänzungen der Gebührentatbestände betreffend Notarverwaltungsangelegenheiten wurden am 8. Mai 2023 mit der Notarkammer Baden-Württemberg mit Sitz in Stuttgart erörtert. Im Anschluss daran wurde von einer weitergehenden Erhöhung der Gebühren für Notarvertretungen abgesehen.

Im Rahmen der Prüfung des Bedarfs für eine gesetzliche Änderung des § 5 Absatz 3 RAVG wurde das Versorgungswerk der Rechtsanwälte in Baden-Württemberg mit Sitz in Stuttgart beteiligt. Hierzu wurden Gespräche am 5. Juni 2023, am 23. Juni 2023 und am 25. Juli 2023 geführt. Bei der Rechtsanwaltskammer Freiburg mit Sitz in Freiburg, der Rechtsanwaltskammer Karlsruhe mit Sitz in Karlsruhe, der Rechtsanwaltskammer Stuttgart mit Sitz

in Stuttgart und der Rechtsanwaltskammer Tübingen mit Sitz in Tübingen wurde die Anzahl der nach § 60 Absatz 2 Nummer 3 BRAO zugelassenen Mitglieder im Rahmen der Prüfung des Bedarfs für eine gesetzliche Änderung des § 5 Absatz 3 RAVG abgefragt und die beabsichtigten Änderungen wurden am 18. Juli 2023 mit den genannten Rechtsanwaltskammern erörtert.

Im Übrigen wurden Verbände, Organisationen und Sachverständige bei der Erarbeitung des Gesetzentwurfs nicht beteiligt.

## B. Einzelbegründung

### Zu Artikel 1 (Änderung des Ausführungsgesetzes zum Sozialgerichtsgesetz)

#### Zu Nummer 1

Mit dieser Änderung werden die Angelegenheiten des Vertragsarztrechts (früher: Kassenarztrecht) beim Sozialgericht Stuttgart konzentriert. Nach § 10 Absatz 3 Satz 1 SGG kann der Bezirk einer Kammer auf die Bezirke anderer Sozialgerichte erstreckt werden. Bislang sah § 1 der Verordnung des Arbeitsministeriums über die Erstreckung von Kammerbezirken auf Bezirke anderer Sozialgerichte vom 17. Februar 1954 vor, dass für Angelegenheiten des Kassenarztrechts vier der acht Sozialgerichte in Baden-Württemberg zuständig sind. Aus Gründen der effektiven Verfahrenserledigung erscheint eine weitergehende Zuständigkeitskonzentration in diesem Bereich sinnvoll.

Nach Angaben der sozialgerichtlichen Praxis erfordert jeder neu eingehende Rechtsstreit aufgrund der geringen Eingangszahlen eine aufwändige Einarbeitung in die größtenteils komplizierte Rechtsmaterie. Synergieeffekte durch gleich- bzw. ähnlich gelagerte Rechtsstreitigkeiten treten nicht auf. Außerdem erweist sich die Terminierung der Rechtsstreitigkeiten als schwierig, da die wenigen ehrenamtlichen Richterinnen und Richter aus dem Kreis der Vertrags(zahn)ärzte bzw. aus dem Kreis der Krankenkassen jedenfalls bei den kleineren Gerichtsstandorten häufig schon im Berufs- bzw. dem vorgelagerten Zulassungsausschuss tätig gewesen sind und damit im gerichtlichen Verfahren nicht herangezogen werden können.

Schließlich wird mit einer Konzentration der Zuständigkeiten für Vertragsarztangelegenheiten beim Sozialgericht Stuttgart den tatsächlichen Gegebenheiten Rechnung getragen. Im Jahr 2021 entfielen nahezu 90 % der eingegangenen Verfahren in Angelegenheiten des Vertragsarztrechts auf dieses Gericht. Negative Auswirkungen auf die Verfahrensbeteiligten hinsichtlich weiterer Anfahrtswege dürften vor diesem Hintergrund kaum auftreten.

Zugleich wird mit dieser Änderung des § 3 AGSGG die bestehende Zuständigkeitskonzentration für Angelegenheiten der Knappschaftsversicherung einschließlich der Unfallversicherung für den Bergbau beim Sozialgericht Freiburg aufgehoben. Diese Regelung ist mittlerweile überholt. Zur Begründung der Konzentration von Knappschaftsangelegenheiten beim Sozialgericht Freiburg hat der damalige Gesetzgeber ausgeführt, dass es erforderlich sei, für die Knappschaftsversicherung eigene Rechtsprechungsinstanzen zu bilden, da in Baden-Württemberg eine erhebliche Zahl von Knappschaftsversicherten bestehe. Da der überwiegende Teil der Bergbaubetriebe in Südbaden liege und in Freiburg auch das Oberbergamt seinen Sitz habe, sei es zweckmäßig, dort die Kammer für die Knappschaftsversicherung zu bilden (Landtagsbeilage 3 vom 21. November 1953, S. 11, 13).

Seit dem Inkrafttreten des Ausführungsgesetzes zum Sozialgerichtsgesetz ist die Zahl der Knappschaftsversicherten in Baden-Württemberg deutlich zurückgegangen. Zudem entspricht das Argument, dass der überwiegende Teil der Bergbaubetriebe in Südbaden liege, nicht mehr den aktuellen Gegebenheiten. Eine Konzentration der Bergbaubetriebe und der im Bergbau Beschäftigten im südbadischen Raum, die eine alleinige Zuständigkeit des Sozialgerichts Freiburg im Jahr 1954 als zweckmäßig erschienen ließ, besteht nicht mehr. Auch der Sitz des Landesamtes für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (als Nachfolger des dem Oberbergamt nachgefolgten Landesbergamtes) in Freiburg rechtfertigt nicht eine alleinige Zuständigkeit des Sozialgerichts Freiburg für Knappschaftsangelegenheiten. Denn das Landesamt ist an den betroffenen Verfahren vor den Sozialgerichten nicht beteiligt.

Schließlich ist nicht davon auszugehen, dass bei einer Verteilung der bislang beim Sozialgericht Freiburg konzentrierten Verfahren auf sämtliche Sozialgerichte in Baden-Württemberg mit einer übermäßigen zusätzlichen Belastung der Gerichte zu rechnen ist. Denn die Eingänge in Angelegenheiten der Knapp-

schaftsversicherung einschließlich der Unfallversicherung für den Bergbau machen gemessen an den Gesamteingängen bei den Sozialgerichten nur einen zu vernachlässigenden Anteil aus.

Eine Übergangsregelung hinsichtlich der im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderung bei den Sozialgerichten rechtshängigen Verfahren ist nicht erforderlich. Nach dem in § 98 Satz 1 SGG in Verbindung mit § 17 Absatz 1 Satz 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG) normierten Grundsatz der perpetuatio fori bleibt das Sozialgericht Freiburg für die im Zeitpunkt des Inkrafttretens rechtshängigen Verfahren in Angelegenheiten der Knappschaftsversicherung einschließlich der Unfallversicherung für den Bergbau weiterhin zuständig. Entsprechendes gilt für die bei den Sozialgerichten Freiburg, Karlsruhe und Reutlingen rechtshängigen Verfahren in Vertragsarztangelegenheiten. Die Änderung der örtlichen Zuständigkeiten gilt nur für Streitsachen, die nach dem Inkrafttreten des Gesetzes rechtshängig gemacht werden.

#### Zu Nummer 2

§ 4 Absatz 1 AGSGG sieht vor, dass die Zahl der Kammern und der Senate vom zuständigen Ministerium im Rahmen der im Staatshaushaltsplan bereitgestellten Stellen und Mittel bestimmt wird. Die in der Klammer genannten Normen verdeutlichen, dass dies nicht für Angelegenheiten der Knappschaftsversicherung einschließlich der Unfallversicherung für den Bergbau galt. Denn insoweit wurde durch § 3 AGSGG bereits gesetzlich vorgegeben, dass für diese Angelegenheiten eine Kammer des Sozialgerichts Freiburg zuständig ist. Nachdem mit der Änderung des § 3 AGSGG diese gesetzliche Vorgabe gestrichen wird, kann auf eine Bestimmung, hinsichtlich welcher Angelegenheiten die Zahl der Kammern und Senate vom zuständigen Ministerium bestimmt wird, verzichtet werden.

Bei der Streichung des genannten § 210 SGG handelt es sich um eine redaktionelle Anpassung an die aktuelle Rechtslage. Die frühere bundesrechtliche Regelung zur Errichtung von Kammern und Senaten auf Zeit wurde in den 1970er-Jahren aufgehoben. § 210 SGG in der derzeit geltenden Fassung regelt andere Fragen.

#### Zu Nummer 3

Die Begrifflichkeiten in § 5 AGSGG entsprechen nicht mehr dem Sprachgebrauch des Sozialgerichtsgesetzes. Mit Artikel VIII Nummer 16 des Gesetzes zur

Änderung der Bezeichnungen der Richter und der Präsidialverfassung der Gerichte vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841, 850) erfolgte zum 1. Oktober 1972 eine begriffliche Anpassung. Seitdem führen die ehrenamtlichen Richter nicht mehr die Amtsbezeichnung „Sozialrichter“ oder Landessozialrichter“, sondern werden „ehrenamtliche Richter“ genannt.

Der Verweis hinsichtlich der Zahl der zu berufenden ehrenamtlichen Richter ist an die geltende Rechtslage anzupassen. Die Regelung zu den ehrenamtlichen Richtern am Sozialgericht findet sich nun in § 13 Absatz 4 SGG. Für die Zahl der ehrenamtlichen Richter beim Landessozialgericht verweist § 35 Absatz 1 Satz 2 SGG auf § 13 Absatz 4 SGG.

#### Zu Nummer 4

§ 6 SGG in Verbindung mit § 21h GVG bestimmt, dass die Vertretung des Präsidenten und der aufsichtführenden Richter durch einen ständigen Vertreter bzw. für den Fall, dass ein solcher nicht bestellt oder verhindert ist, durch den dienstältesten bzw. lebensältesten Richter erfolgt. Daran anknüpfend sieht § 6 AGSSGG vor, dass das zuständige Ministerium befugt ist, einen solchen ständigen Vertreter zu bestellen. Da es sich hierbei lediglich um eine deklaratorische Regelung handelt, kann sie aufgehoben werden.

§ 7 AGSSGG enthält Regelungen zur Übernahme von Beamten des Landesversicherungsamtes, der Oberversicherungsämter und der Versorgungsgerichte in die Sozialgerichtsbarkeit. Da die Versicherungsämter und Versorgungsgerichte mit Inkrafttreten des Sozialgerichtsgesetzes zum 1. Januar 1954 aufgehoben wurden, sind die entsprechenden Regelungen aufgrund der verstrichenen Zeit mittlerweile entbehrlich. In der Sozialgerichtsbarkeit sind keine Richterinnen und Richter mehr tätig, die ohne Erfüllung der formellen Voraussetzungen (Befähigung zum Richteramt) ins Amt berufen werden konnten.

#### Zu Artikel 2 (Aufhebung der Verordnung des Arbeitsministeriums über die Er- streckung von Kammerbezirken auf die Bezirke anderer Sozialgerichte)

Es handelt sich um eine Folgeänderung aufgrund der weitergehenden Zuständigkeitskonzentration von Vertragsarztangelegenheiten beim Sozialgericht Stuttgart.

#### Zu Artikel 3 (Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichts- ordnung)

### Zu Nummern 1 und 3

Es handelt sich um die Korrektur hinsichtlich der durch die frühere Einfügung des § 18a AGVwGO unzutreffend gewordenen Überschrift des 2. Abschnitts.

### Zu Nummer 2

In notarrechtlichen Streitigkeiten disziplinargerichtlicher Art soll das Behördenprinzip eingeführt werden, wie es auch in verwaltungsrechtlichen Notarsachen im Sinne von § 111 Absatz 1 BNotO gilt.

Das in notarrechtlichen Streitigkeiten disziplinargerichtlicher Art über die Verweisungen in § 96 Absatz 1 Satz 1 BNotO und § 3 des Bundesdisziplinalgesetzes (BDG) bislang geltende Rechtsträgerprinzip des § 78 Absatz 1 Nummer 1 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) führt zu Unklarheiten bei den Beteiligten, weil innerhalb ein- und derselben Rechtsmaterie – dem Notarverwaltungsrecht – derzeit zwei unterschiedliche Rechtsprinzipien im Hinblick auf die Frage gelten, gegen wen sich in einem gerichtlichen Verfahren Klagen bzw. Anträge zu richten haben. Regelmäßig werden in der Praxis daher – in der Annahme, § 111c BNotO greife auch in Streitigkeiten disziplinargerichtlicher Art – Klagen gegen Disziplinarverfügungen von Landgerichtspräsidenten gegen den falschen Beklagten gerichtet, und zwar gegen die die Disziplinarverfügungen erlassenden Landgerichtspräsidenten und nicht gegen das Land Baden-Württemberg, vertreten durch das Justizministerium. Daraus resultiert vermeidbarer Mehraufwand bei allen Beteiligten.

Darüber hinaus ist die derzeitige Rechtslage in Streitigkeiten disziplinargerichtlicher Art auch nicht praxismäßig, weil das Justizministerium als notarielle Aufsichtsbehörde selbst nur im Ausnahmefall tätig wird und daher eine Prozessführung durch die Präsidenten der Landgerichte oder Oberlandesgerichte regelmäßig sachnäher ist.

Daher soll künftig auch für Streitigkeiten disziplinargerichtlicher Art in Notarsachen das Behördenprinzip gelten und zu diesem Zweck ein neuer § 18b AGVwGO eingeführt werden, dessen Wortlaut sich eng an demjenigen des § 111c Absatz 1 BNotO orientiert. Ergänzt wird die Einführung des Behördenprinzips durch die notwendige Regelung der Beteiligungsfähigkeit der Notarkammer und Aufsichtsbehörden. Die entsprechende Ermächtigung des Landesgesetzgebers

folgt aus § 96 Absatz 1 Satz 1 BNotO in Verbindung mit § 3 BDG und § 61 Nummer 3, § 78 Absatz 1 Nummer 2 VwGO. Der neue § 18b AGVwGO soll ausdrücklich für alle Streitigkeiten disziplinargerichtlicher Art in Notarsachen gelten, das heißt insbesondere auch für die besonderen Verfahren nach den §§ 62, 63 BDG (Anträge auf gerichtliche Fristsetzung und auf Aussetzung der vorläufigen Amtsenthörung).

#### Zu Nummer 4

Aufgrund der Änderungen ist die Inhaltsübersicht entsprechend anzupassen.

#### Zu Artikel 4 (Änderung des Landesjustizkostengesetzes)

##### Zu Nummer 1 (§ 9a LJKG)

Die rein redaktionelle Änderung dient der Anpassung der Bezeichnung der in Bezug genommenen Verordnung, die sich geändert hat.

##### Zu Nummer 2 (Änderung des Gebührenverzeichnisses)

###### Zu Buchstabe a

Der Gebührenrahmen für Feststellungserklärungen zur Übertragung eines Nießbrauchs, einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit oder eines Vorkaufsrechts (§§ 1059a Absatz 1 Nummer 2, 1059e, 1092 Absatz 2, 1098 Absatz 3 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB)) wurde zuletzt zu Beginn des Jahres 2014 an die wirtschaftliche Entwicklung angepasst. Der Anstieg der Verbraucherpreise liegt seither bei rund 25 %. Sowohl die Mindest- als auch die Höchstgebühr des Gebührenrahmens sind dementsprechend anzuheben.

###### Zu Buchstaben b bis d

Auch die Gebühren für Werthinterlegungen wurden zuletzt zu Beginn des Jahres 2014 an die wirtschaftliche Entwicklung angepasst. Der Anstieg der Verbraucherpreise liegt seither bei rund 25 %. Sowohl die Mindest- als auch die Höchstgebühr der Gebührenrahmen der Nummern 3.1, 3.3 und 3.4 sowie die Festgebühr der Nummer 3.2 sind dementsprechend anzuheben.

###### Zu Buchstabe e

Die Neufassung von Nummer 7.1, die die bisherigen Nummern 7.1 und 7.2 des Gebührenverzeichnisses ersetzt, dient in erster Linie der Klarstellung. Notarstellen werden gemäß § 4 Absatz 1 Satz 1 BNotO regelmäßig ausgeschrieben. Der Bewerbung auf ausgeschriebene Notarstellen schließt sich eine Auswahlentscheidung an (vgl. § 6 BNotO). Darauf folgt im Regelfall die Bestellung zum Notar (§ 12 Absatz 1 Satz 1 BNotO) oder – im Falle einer erfolgreichen Bewerbung eines amtierenden Notars – eine Amtssitzverlegung nach § 10 Absatz 1 Satz 3 BNotO. Hieran anknüpfend werden die Gebührentatbestände neu gefasst und es erfolgt eine Unterteilung in die Entscheidung über die Bewerbung um eine Notarstelle einerseits und die Bestellung zum Notar bzw. Amtssitzverlegung andererseits.

Die Gebührenpflichtigkeit einer Entscheidung über die Bewerbung um eine Notarstelle nach § 4a BNotO (Nummer 7.1.1) sowie die klarstellenden Anmerkungen hierzu verdeutlichen, dass grundsätzlich jede Entscheidung über eine Bewerbung auf ausgeschriebene Notarstellen – unabhängig, ob positiv oder negativ – eine Gebührenpflicht in voller Höhe auslöst und eine nachträgliche Bewerbungsrücknahme hierauf ohne Auswirkung ist. Damit werden anders als bislang auch solche Fälle positiver Auswahlentscheidungen erfasst, bei denen im Anschluss – etwa aufgrund einer nachträglichen Rücknahme der Bewerbung – keine Bestellung zum Notar erfolgt. Lediglich eine Bewerbungsrücknahme vor der Auswahlentscheidung bleibt wie bisher gebührenfrei. Grund hierfür ist die mit der Rücknahme verbundene Reduzierung des Aufwands für die Justizverwaltung im Hinblick auf die Auswahlentscheidung, welche Förderung verdient.

Von dem Auswahlverfahren zu trennen ist die diesem nachfolgende Bestellung zum Notar durch Aushändigung der Bestellsurkunde oder – im Falle amtierender Notare – die Amtssitzverlegung, welche jeweils in einem eigenen Gebührentatbestand (Nummer 7.1.2 und 7.1.3) erfasst werden.

Infolge der Änderungen erhöht sich die gesamte Gebühr für die erstmalige Bestellung zum Notar nach einem erfolgreichen Auswahlverfahren auf 800 Euro (200 + 600 Euro). Die Gebührenanpassung im Vergleich zur bisherigen Gebühr Nummer 7.1 spiegelt damit die Erhöhung der Verbraucherpreise seit der erstmaligen Einführung der Gebühr im Dezember 2011 wider, die seitdem knapp 30 Prozent beträgt. Sie trägt auch dem hohen Interesse der Bewerber an der Bestellung Rechnung.



Anders als bislang soll auch eine erfolgreiche Bewerbung von Bestandsnotaren gebührenpflichtig sein. Aufgrund des identischen Verwaltungsaufwands im Bewerbungsverfahren rechtfertigt sich insoweit eine unterschiedslose Behandlung im Rahmen der Nummer 7.1.1. Allerdings ist das Interesse bereits amtierender Notare an einer Amtssitzverlegung im Vergleich zur erstmaligen Bestellung zum Notar um einiges geringer, weshalb die Gebühr für eine Amtssitzverlegung lediglich 200 Euro betragen soll. Für eine Amtssitzverlegung nach erfolgreichem Auswahlverfahren entsteht somit insgesamt eine Gebühr von 400 Euro (200 + 200 Euro), also in halber Höhe der Gesamtgebühr einer erstmaligen Bestellung zum Notar nach erfolgreichem Auswahlverfahren.

Auch für jede negative Entscheidung über eine Bewerbung fällt eine Gebühr nach Nummer 7.1.1 an, wie in der Anmerkung ausdrücklich klargestellt wird. Die damit einhergehende Erhöhung im Vergleich zur bisherigen Nummer 7.2 trägt wiederum den gestiegenen Verbraucherpreisen seit Dezember 2011 Rechnung.

Mit den neuen Nummern 7.2 und 7.3 sollen die bisherigen Gebührentatbestände außerdem um zwei Genehmigungsentscheidungen ergänzt werden, die im weit überwiegenden Interesse der antragstellenden Notare liegen, weshalb eine Gebührenpflicht insoweit angemessen ist.

Dies betrifft zum einen die Genehmigung der Beschäftigung juristischer Mitarbeiter nach § 25 Absatz 2 BNotO, § 12 Notarverordnung Baden-Württemberg (NotarVO), die in der neuen Nummer 7.2. einer Gebührenpflicht unterworfen wird. Die Genehmigung liegt wegen der damit verbundenen Erhöhung der Leistungsfähigkeit im erheblichen Interesse der Notare und verursacht andererseits durch die nach § 12 NotarVO erforderliche Prüfung der Belange einer geordneten Rechtspflege, insbesondere von deren Einfluss auf die persönliche Amtsausübung des antragstellenden Notars, einen beträchtlichen Verwaltungsaufwand. Die Gebühr für die Genehmigung fällt hier jeweils pro Antrag des Notars an, auch wenn dieser im Einzelfall mehrere juristische Mitarbeiter umfasst.

Darüber hinaus soll auch die Genehmigung der Führung von Akten und Verzeichnissen in Papierform außerhalb der Geschäftsstelle nach § 35 Absatz 3 BNotO einer Gebührenpflicht unterworfen werden (Nummer 7.3). Eine solche Genehmigung ermöglicht es, extern Akten und Verzeichnisse in Papierform zu führen und damit im Regelfall erheblich Kosten zu sparen. Aufgrund der Anforderungen an eine derartige Aktenführung – insbesondere an die Verfügbarkeit, Integrität, Transparenz und Vertraulichkeit (vgl. § 35 Absatz 1 Satz 1 BNotO) – ist

standardmäßig eine Vor-Ort-Prüfung des Lagerortes erforderlich. Dem soll die Gebührenhöhe Rechnung tragen.

Die Nummern 7.4.1 und 7.4.2 ersetzen wortlautgleich die bisherigen Nummern 7.3 und 7.4. Die Anpassung der Gebührenhöhe rechtfertigt sich einerseits aufgrund der gestiegenen Verbraucherpreise seit Dezember 2011, andererseits aber auch wegen des hohen Verwaltungsaufwands, der gerade mit der Bestellung (einfacher) Notarvertretungen einhergeht, die oftmals sehr kurzfristig – etwa wegen Krankheit – erfolgen müssen. Die Erhöhung der Gebühr für die Bestellung einer ständigen Vertretung auf zukünftig das Dreifache einer (einfachen) Notarvertretung ist aufgrund des Umstands, dass derartige Bestellungen regelmäßig für die Dauer eines ganzen Jahres erfolgen und damit das Interesse der antragstellenden Notare erheblich größer ist als im Falle der Bestellung einer (einfachen) Notarvertretung, angemessen. Die Gebühr für die Genehmigung fällt hier ebenfalls jeweils pro Antrag des Notars an, auch wenn dieser im Einzelfall mehrere Notarvertretungen – auch durch unterschiedliche Personen – umfasst. Mit der Anmerkung zu Nummern 7.4.1 und 7.4.2 soll zudem klargestellt werden, dass die isolierte Aufhebung der Bestellung einer Notarvertretung nach § 39 BNotO – etwa wegen Wegfalls des Vertretungsanlasses – nicht als Änderung der Bestellung anzusehen und damit auch nicht gebührenpflichtig ist.

#### Zu Buchstaben f bis j

Die Gebühren für erstinstanzliche richterliche Entscheidungen nach dem Zweiten Abschnitt des Ersten Teils des Polizeigesetzes oder nach einem Gesetz, das auf diese Bestimmungen verweist, wurden ebenfalls zuletzt im Jahr 2014 angepasst. Die für die Entscheidungen notwendigen Personal- und Sachkosten sind seitdem – unter vergleichender Heranziehung der Pauschalsätze pro Arbeitsstunde für die Laufbahngruppe des höheren Dienstes nach der Verwaltungsvorschrift des Finanzministeriums über die Berücksichtigung der Verwaltungskosten insbesondere bei der Festsetzung von Gebühren und sonstigen Entgelten für die Inanspruchnahme der Landesverwaltung – um rund 20 % gestiegen. Sowohl die Festgebühren der Nummern 8.1, 8.2.1 und 8.2.2 als auch die Höchstgebühren der in den Anmerkungen zu diesen Gebühren enthaltenen Gebührenrahmen sind dementsprechend anzuheben. Um unbillige Härten durch die Gebührenerhebung im Einzelfall auszuschließen, bleibt die schon bisher nach den Anmerkungen zu den Gebührentatbeständen bestehende Möglichkeit, die Gebühr auf bis zu 15 € zu ermäßigen, unberührt.

## Zu Artikel 5 (Änderung des Rechtsanwaltsversorgungsgesetzes)

### Zu Nummer 1

#### Zu Buchstabe a

Die Neufassung des § 5 Absatz 3 RAVG sieht vor, dass Mitglied des Versorgungswerks unter anderem ist, wer nach dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung des Rechtsanwaltsversorgungsgesetzes vom 24. April 2018 (GBl. S. 138) bis zum Tag vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes Mitglied in einer Rechtsanwaltskammer in Baden-Württemberg geworden ist. Damit soll sichergestellt werden, dass die Anpassung der Voraussetzungen für eine Pflichtmitgliedschaft keine Rückwirkung entfaltet.

#### Zu Buchstabe b

Der neu eingefügte § 5 Absatz 4 RAVG regelt, wer künftig Mitglied im Versorgungswerk der Rechtsanwälte wird. Der Wortlaut des bisherigen § 5 Absatz 3 RAVG wird dabei modifiziert übernommen. Mitglied des Versorgungswerks werden nur natürliche Personen, die von einer Rechtsanwaltskammer in Baden-Württemberg zur Rechtsanwaltschaft zugelassen oder von ihr aufgenommen werden (vgl. § 60 Absatz 2 Nummer 1 BRAO). Mitglieder der Rechtsanwaltskammern nach § 60 Absatz 2 Nummer 2 und Nummer 3 BRAO werden nicht Mitglied im Versorgungswerk. Eine Pflichtmitgliedschaft der Mitglieder der Rechtsanwaltskammern nach § 60 Absatz 2 Nummer 2 und Nummer 3 BRAO entspricht weder der aktuellen Praxis des Versorgungswerks noch erscheint sie sachgerecht. Der Erwerb von Versorgungsanswartschaften kommt für zugelassene Berufsausübungsgesellschaften gemäß § 60 Absatz 2 Nummer 2 BRAO, die keine natürlichen Personen sind, schon naturgemäß nicht in Betracht. Die Mitglieder von Geschäftsführungs- und Aufsichtsorganen von zugelassenen Berufsausübungsgesellschaften in Baden-Württemberg, die selbst keine Rechtsanwälte sind, gehören nach Mitteilung der Rechtsanwaltskammern derzeit ausschließlich Berufsgruppen an, für die entweder bereits berufsständische Versorgungseinrichtungen bestehen oder es handelt sich um Patentanwältinnen und Patentanwälte. Für Patentanwältinnen und Patentanwälte mit Kanzleisitz in Baden-Württemberg besteht nach § 6 Absatz 2 RAVG bereits die Möglichkeit, auf Antrag innerhalb von zwei Jahren nach der Zulassung zur Patentanwaltschaft in das Versorgungswerk der Rechtsanwälte aufgenommen zu werden. Die Pflichtmitgliedschaft auf Antrag bleibt von der Änderung des § 5 RAVG unberührt. Im Übrigen finden regelmäßig

Kanzleiwechsel – auch zwischen interprofessionellen Berufsausübungsgesellschaften – statt und Geschäftsführungs- und Aufsichtstätigkeiten in einer zugelassenen Berufsausübungsgesellschaft werden vielfach lediglich für einen zeitlich begrenzten Zeitraum ausgeübt, während die Zulassung als Rechtsanwalt oder als Rechtsanwältin im Regelfall über die gesamte Dauer des Berufslebens hinweg besteht. Nur Letzteres entspricht der Funktionsweise eines berufsständischen Versorgungswerkes, das auf die Einzahlung von Beiträgen möglichst über das gesamte Berufsleben hinweg angelegt ist.

Der neue § 5 Absatz 4 RAVG orientiert sich am Wortlaut von § 60 Absatz 2 Nummer 1 BRAO. Erfasst sind dadurch auch Syndikusrechtsanwältinnen und -anwälte (§ 46a BRAO) sowie die nach § 4 des Gesetzes über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwälte in Deutschland und § 207 BRAO von den Rechtsanwaltskammern in Baden-Württemberg aufgenommenen europäischen und ausländischen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte und die von den Rechtsanwaltskammern in Baden-Württemberg aufgenommenen sogenannten Kammerbeistände nach § 209 BRAO.

Der neue § 5 Absatz 5 RAVG regelt eine Befreiungsmöglichkeit für diejenigen Personen, die bis zum Tag vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes Mitglieder einer Rechtsanwaltskammer in Baden-Württemberg gemäß § 60 Absatz 2 Nummer 3 BRAO geworden sind und nicht bereits als Patentanwältinnen und Patentanwälte nach dem bisherigen § 6 Absatz 2 RAVG als Pflichtmitglieder auf Antrag in das Versorgungswerk der Rechtsanwälte aufgenommen wurden. Der Befreiungsantrag muss innerhalb von sechs Monaten nach Kenntnis von der Pflichtmitgliedschaft im Versorgungswerk gestellt werden. § 5 Absatz 5 Satz 3 RAVG sieht vor, dass diese Frist frühestens sechs Monate nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes endet.

#### Zu Buchstabe c

Es handelt sich um eine Folgeänderung zur Einfügung der neuen Absätze 4 und 5 RAVG.

## Zu Nummer 2

### Zu Buchstabe a

Die Übergangsregelung zur „Pflichtmitgliedschaft auf Antrag“ in § 6 Absatz 1 RAVG, die beim Inkrafttreten des RAVG am 1. Januar 1985 für die damals zwischen 45 und 60 Jahre alten Mitglieder der Rechtsanwaltskammern und der weiteren genannten Berufsgruppen die Möglichkeit vorsah, während einer Übergangsphase von zwei Jahren nach dem Inkrafttreten des Gesetzes dem Versorgungswerk freiwillig beizutreten, ist nicht mehr erforderlich. Die Vorschrift kann aufgehoben werden. Eine Aufhebung der Norm führt nicht zur Beendigung der Mitgliedschaft dieser Personen. Die Mitgliedschaft endet vielmehr nur in den in § 7 Absatz 2 bis Absatz 5 RAVG ausdrücklich geregelten Fällen.

### Zu Buchstaben b und c

Es handelt sich um redaktionelle Folgeänderungen infolge der Aufhebung des § 6 Absatz 1 RAVG sowie zur Änderung der Absatznummerierung in § 5 RAVG.

## Zu Nummer 3

Es handelt sich um eine Folgeänderung zu der Änderung der Absatznummerierung in § 5 RAVG.

## Zu Artikel 6 (Änderung des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit)

Um für die gerichtlichen Arbeitsabläufe im Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit bei elektronischer Aktenführung die Rechtsklarheit zu verbessern, wird durch den neu einzufügenden § 11 Absatz 2 Satz 5 LFGG die entsprechende Anwendung von § 317 Absatz 3 der Zivilprozessordnung ausdrücklich angeordnet. Nach dieser Norm können Ausfertigungen, Auszüge und Abschriften eines als elektronisches Dokument vorliegenden Urteils von einem Urteilsausdruck erteilt werden.

## Zu Artikel 7 (Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit)

Mit der Änderung in Absatz 1 Satz 2 wird die entsprechende Geltung der Regelungen des Gerichtsdolmetschergesetzes (GDolmG) angeordnet, die zur Verwaltung der vor dem 1. Januar 2023 nach Landesrecht beeidigten (Lautsprachen-

)Dolmetscher nach § 185 GVG erforderlich sind. Damit wird klargestellt, dass auch für vor dem 1. Januar 2023 beeidigte (Lautsprachen-)Dolmetscher die Anzeige- und Rückgabepflichten des § 8 GDolmG und des § 10 GDolmG gelten, dass auf die Beeidigung verzichtet oder diese widerrufen werden kann (§ 7 Absätze 2 und 3 GDolmG) und dass eine Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung besteht (§ 9 GDolmG). Lediglich § 8 Absatz 2 Nummer 1 GDolmG hat für vor dem 1. Januar 2023 beeidigte (Lautsprachen-)Dolmetscher keinen Anwendungsbereich, weil diese unbefristet beeidigt wurden, und bleibt daher ausgenommen. Die Klarstellung ist erforderlich, weil vor dem 1. Januar 2023 nach Landesrecht beeidigte (Lautsprachen-)Dolmetscher durch das Inkrafttreten des Gerichtsdolmetschergesetzes am 1. Januar 2023 nicht ihre Beeidigung, sondern nur die ihnen nach § 189 Absatz 2 GVG eingeräumte Möglichkeit verlieren, sich auf den allgemein geleisteten Eid zu berufen.

Der neu eingefügte Absatz 2 stellt klar, dass die Zuständigkeitsregelung des § 14 Absatz 2 auch für vor dem 1. Januar 2023 beeidigte Sprachmittler gilt.

#### Zu Artikel 8 (Änderung des baden-württembergischen Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch)

##### Zu Nummer 1

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung an geändertes Bundesrecht.

##### Zu Nummer 2

Die gesetzliche Überleitungsvorschrift des § 35 AGBGB hat keinen Anwendungsbereich mehr und ist zu streichen.

§ 35 des Baden-Württembergischen Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch (AGBGB) regelt die Überleitung von Miteigentum nach Wohneinheiten in Wohnungseigentum. Das Baden-Württembergische Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 26. November 1974 (GBl. S. 498) war nach § 52 AGBGB am 1. Januar 1975 in Kraft getreten.

Die mit der Vorschrift angeordnete gesetzliche Überleitung ist erfolgt; ein weiterer Anwendungsfall ist nicht denkbar.

##### Zu Nummer 3

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung, mit der eine Übereinstimmung mit der Überschrift des ebenfalls die Kostenfrage behandelnden § 28 AGBGB erreicht werden soll.

#### Zu Nummer 4

Es handelt sich um eine Bereinigung des Landesrechts. § 49 AGBGB beinhaltet eine gesetzliche Fristenregelung für altrechtliche Vereine, die vor dem Inkrafttreten durch staatliche Verleihung die Rechtsfähigkeit erlangt hatten, und die mangels wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb nach den Bestimmungen des seit dem Jahr 1900 geltenden Bürgerlichen Gesetzbuchs nur für den Fall ihrer Eintragung im Vereinsregister die Rechtsfähigkeit erlangen können, vgl. § 21 BGB. Die gesetzlich vorgesehene Frist, die Eintragung dieser altrechtlichen Vereine im Vereinsregister zu beantragen, lief zum 31. Dezember 1977 ab. Es ist davon auszugehen, dass sich der Anwendungsbereich dieser Vorschrift zwischenzeitlich endgültig erledigt hat.

#### Zu Nummer 5

§ 51 Absatz 2 Satz 2 AGBGB hat keine praktische Bedeutung mehr und ist zu streichen.

Denn die dort genannten Schadensersatzansprüche gegen Notare, Notarvertreter und Ratsschreiber nach §§ 20 Absatz 2, 21 AGBGB in der Fassung vom 26. November 1974 (GBl. S. 498) wegen einer vor dem 1. Januar 1982 begangenen Amtspflichtverletzung sind nach allen in Frage kommenden Regelungen verjährt. Selbst die 30-jährigen Verjährungsfristen des § 199 Absatz 2, Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 BGB sind jedenfalls am 31. Dezember 2011 abgelaufen.

#### Zu Artikel 9 (Änderung des Hinterlegungsgesetzes)

##### Zu Nummer 1

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung an geändertes Bundesrecht.

##### Zu Nummer 2

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung an geändertes Bundesrecht.

#### Zu Artikel 10 (Änderung der Verpflichtungsgesetz-Zuständigkeitsverordnung)

Die Änderung ist redaktioneller Art und dient der Anpassung der Normzitate in § 4 Nummer 3 der Verpflichtungsgesetz-Zuständigkeitsverordnung an die seit dem 1. Januar 2023 geltende Fassung des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit.

#### Zu Artikel 11 (Änderung der Bekanntmachung der Ministerien über die Vertretung des Landes in gerichtlichen Verfahren und förmlichen Verfahren vor den Verwaltungsbehörden)

Die Justizbeitreibungsordnung ist durch Artikel 14 Nummer 1 des Gesetzes vom 21. November 2016 (BGBl. I S. 2591) mit Wirkung vom 1. Juli 2017 in Justizbeitreibungsgesetz umbenannt worden.

Die Änderung muss in der Bekanntmachung der Ministerien über die Vertretung des Landes in gerichtlichen Verfahren und förmlichen Verfahren vor den Verwaltungsbehörden vom 28. Februar 2012 (GBl. S. 138) redaktionell nachvollzogen und der Verweis auf die Justizbeitreibungsordnung durch Verweis auf das Justizbeitreibungsgesetz ersetzt werden.

#### Zu Artikel 12 (Änderung der Verordnung des Justizministeriums zur Aufhebung von Richtervorbehalten und Übertragung richterlicher Aufgaben auf den Rechtspfleger)

Die Änderung des § 1 Nummer 5 der Verordnung des Justizministeriums zur Aufhebung von Richtervorbehalten und Übertragung richterlicher Aufgaben auf den Rechtspfleger vollzieht die Änderung des § 19 Absatz 1 Satz 1 Nummer 6 des Rechtspflegergesetzes (RPfIG) durch das Gesetz zur Umsetzung der Umwandlungsrichtlinie und zur Änderung weiterer Gesetze vom 22. Februar 2023 nach.

Mit dem Gesetz zur Umsetzung der Umwandlungsrichtlinie und zur Änderung weiterer Gesetze vom 22. Februar 2023 wurde die zugrundeliegende Ermächtigung in § 19 Absatz 1 Satz 1 Nummer 6 RPfIG dahingehend eingeschränkt, dass der Richtervorbehalt für Geschäfte nach § 17 Nummer 1 RPfIG nicht ganz oder



teilweise aufgehoben werden kann, soweit sie nicht die Prüfung und Entscheidung nach § 316 Absatz 3, gegebenenfalls in Verbindung mit § 329 Satz 1, und § 343 Absatz 3 des Umwandlungsgesetzes (UmwG) betreffen.

Mit dieser Ergänzung des § 19 Absatz 1 Satz 1 Nummer 6 RPfIG sollte sichergestellt werden, dass eine Missbrauchsprüfung von grenzüberschreitenden Verschmelzungen, Spaltungen und Formwechseln den Richtern vorbehalten bleibt. Zeigt sich ein Anhaltspunkt für einen Missbrauch im Sinne von § 316 Absatz 3 UmwG, gegebenenfalls in Verbindung mit § 329 Satz 1 UmwG, oder nach § 343 Absatz 3 UmwG, so sind für die Prüfung und Entscheidung über die Frage eines Missbrauchs ausschließlich die Richter berufen (BT-Drs. 20/4806).

#### Zu Artikel 13 (Inkrafttreten)

##### Zu Absatz 1

Für das Inkrafttreten der Änderungen der Zuständigkeitsvorschriften ist eine Vorlaufzeit vorgesehen, damit sich die Präsidien der Gerichte und die Verfahrensbeteiligten auf die geänderten Zuständigkeiten einstellen können.

##### Zu Absatz 2

Im Übrigen tritt das Gesetz am Tag nach der Verkündung und damit so schnell wie möglich in Kraft.